Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 162 (1996)

Heft: 9

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

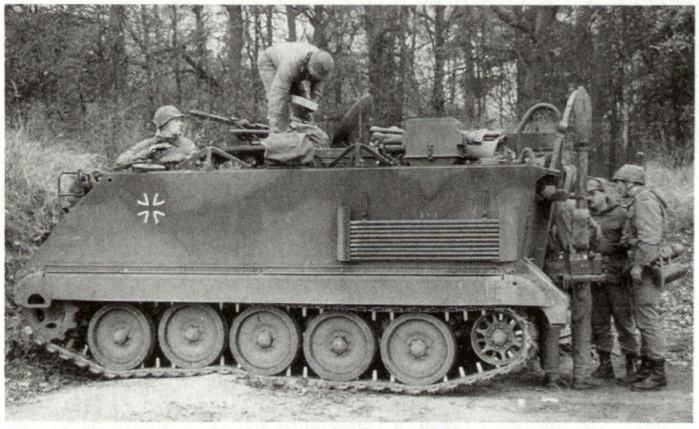
Deutschland

Neue Diskussion über Allgemeine Wehrpflicht und Erweiterung des Dienstes für Frauen in der Bundeswehr

Im Gefolge des Zwanges zu massiven Einsparungen im Haushalt des Bundes für 1997, der alle Ressorts trifft, kündigte der Bundesfinanzminister eine Verminderung des Verteidigungshaushaltes auf 46 Mia. DM und die Fortschreibung dieser Etathöhe auf eine unbestimmte Dauer an. Dies veranlasste Verteidigungsminister Volker Rühe, an den Bundeskanzler zu schreiben und auf die unabwendbaren Folgen der Kürzung hinzuweisen: notwendige Verkleinerung mit Schliessung zahlreicher Truppenstandorte und Auflösung weiterer Grossverbände. Damit verbunden wäre eine Vergrösserung der Wehrungerechtigkeit und ein verstärkter Druck gegen die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht. Dazu käme der Verzicht auf bereits mit Alliierten, vor allem Frankreich, vereinbarten Rüstungsvorhaben, wie Satellitenaufklärung, Hubschrauberprogramme und «Jäger 90». Rühe machte deutlich, dass die hierdurch bedingte Aufgabe von zentralen Beschaffungsvorhaben das Ende der deutschen Rüstungsindustrie und den Verlust ihrer technologischen Fähigkeiten bedeuten könne. Bei Beibehaltung der Etathöhe von 46 Mia DM verlöre die Bundeswehr bis 2000 12,5 Mia DM. Die Tatsache, dass dieser Brief der Öffentlichkeit bekannt wurde, veranlasste den Bundeskanzler, den Verteidigungsminister ohne Namennennung öffentlich zu kritisieren. Inzwischen ist die Entscheidung gefallen. Der Verteidigungshaushalt wurde auf 47,6 Mia DM festgelegt. Nach langem Tauziehen besitze die Bw wieder eine positive Perspektive. Einsparungen im Rüstungsbereich, zumeist durch «Streckung» der Vorhaben, seien notwendig, aber die Stärke von 340000 Mann könne auf erforderlichem Ausbildungsstand erhalten werden. Mit seiner Bemerkung, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in der Frage, ob das Gleichheitsprinzip des GG eine Allg. Wehrpflicht auch für Frauen fordere, könne in bezug auf die Allg. Wehrpflicht eine neue Lage schaffen, hat der Bundeskanzler eine neue Debatte hierüber entfacht. Die Meinungen reichen von Berufsarmee (von Teilen der FDP und Grünen) bis zur Beibehaltung der Allg. Wehrpflicht (mehrheitlich), von Allg. Wehrpflicht auch für Frauen (Minderheit) bis zur Erweiterung des Dienstes für Frauen in der Bundeswehr auf andere Bereiche wie Kommunikation und Logistik. Der Verteidigungsminister lehnt einen Einsatz der Frauen in Kampfverbänden ab, weil das eine Grundgesetzänderung voraussetze, möchte aber Soldatinnen am Wachdienst beteiligen. Tp

Deutsche Soldaten sollen keinem UN-Kommando unterstellt werden

Bei einem Besuch des UN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali am 20. Juni in Bonn ging es in einer Unterredung mit dem Verteidigungsminister um die Frage, wie künftig friedenserhaltende und friedensschaffende Einsätze organisiert werden sollen. Angesichts der negativen Erfahrungen des Bundeswehrkontingentes bei der UN-Operation in Somalia und des schlechten Ergebnisses des Einsatzes der UN-geführten Truppen in Bosnien betonte Rühe, der Einsatz von Teilen der Bundeswehr unter dem Kommando der Vereinten Nationen käme nicht mehr in Frage. In Somalia war ein starker Logistikverband der Bundeswehr für die Versorgung einer indischen mechanisierten Brigade eingesetzt. Sie konnte ihren Auftrag nicht wahrnehmen, weil die indische Brigade nie eintraf und musste sich auf rein humanitäre Hilfe beschränken, so dass ein sehr ungünstiges Aufwand- und Nutzen-Verhältnis unvermeidlich blieb. Die schwache, mangelhafte Bewaffnung und Ausrüstung sowie unklare Befehlsverhältnisse führten in Bosnien dazu, dass Teile der UNPROFOR als Geiseln genommen wurden und bei Massakern untätig zusehen mussten. «Wir werden nie wieder deutsche Soldaten in eine Situation bringen, in der ihre Unterlegenheit gewollt ist. So etwas kann Deutschland nicht mitmachen», sagte Rühe dem UN-Generalsekretär. Erfahrungen sprächen dafür, dass militärische Einsätze nur dann Erfolg haben könnten, wenn sie von Staaten oder von starken Staatenbündnissen wie der NATO geführt würden. Der Einsatz der IFOR-Truppen in Bosnien funktioniere nur deshalb, weil sie sich auf NATO-Infrastruktur stützen könnten und einem einheitlichen Kommando unterstellt seien. In Zukunft müsse sich die UNO bemühen, regionale Organisationen, wie z.B. die Organisation für afrikanische Einheit, hierfür zu gewinnen. Tp



Diskussionen über die Allgemeine Wehrpflicht auch für Frauen in Deutschland.

Frankreich

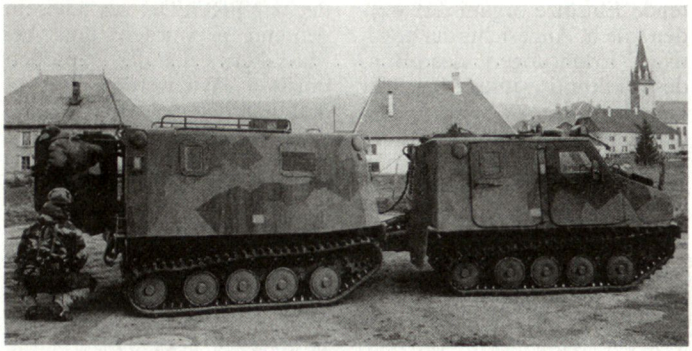
Angaben zur Gebirgsinfanteriedivision

Heute ist die französische 27. Gebirgsinfanteriedivision vor allem ein Grosser Verband der mechanisierten Infanterie. Weiterhin ist er primär für den Kampf im Gebirge geeignet, was er in Ex-Yugoslawien in den Wintern 1994–1996 bewiesen hat. Hiefür speziell geeignet sind:
- die Aufklärungszüge der Infanterie zur Erkundung schwieriger Übergänge in grosser Höhe (Ski, Klettern, Gleitschirm),
- die Infanterieeinheiten für den Gebirgskampf,
- die Unterstützung durch ein Gebirgsartillerieregiment, dessen Kanonen und Minenwerfer in unwegsamem Gelände wirken können,
- die Unterstützung durch ein Genieregiment, das für dieses Gelände (mit und ohne Schnee) besonders ausgebildet ist,
- die Unterstützung durch ein gutes Übermittlungsnetz im Einsatzraum,
- die Unterstützung durch spezielle Schneeraupenfahrzeuge Hägglund.

Die jetzigen Standorte – nach der Reorganisation 1994 – sind:
- Grenoble: Divisionsstab und Divisionsaufklärungsschwadron
- Le Valdahon: 5. Dragonerregiment sowie das Aufklärungsbataillon 27;
- Clermont-Ferrand: 92. Infanterieregiment sowie Panzerabwehrkompanie;
- Bourg-St. Maurice: 7. Gebirgsjägerbataillon;
- Barby: 13. Gebirgsjägerbataillon
- Cran Gevrier: 27. Gebirgsjägerbataillon;
- Canjuers Armées: 3. Artillerieregiment;
- La Valbonne: 4. Genieregiment.

1994 fand eine grosse Umgestaltung von der reinen Gebirgs- zur mechanisierten Infanteriedivision statt. Die Gebirgsjäger machen nun nur noch einen Drittel der Einheiten aus. Die 27. Division zählt – im Rahmen des 3. Armeekorps – mehr als 8000 Mann, 70 Kampfpanzer und 48 Geschütze 155 mm. Diese Einheiten sind in der Lage, mit einer oder mehreren Panzerdivisionen eine Landstreitmacht zu bilden, um im Rahmen der im «Livre blanc» vorgesehenen Szenarien eingesetzt zu werden. Diese umfassen im geostrategischen Sinn den Balkan, den Karpathenbogen und Transsilvanien, die russischen und polnischen Ebenen, die Baltischen Staaten, einen Teil der ehemaligen Sowjetrepubliken und Transkaukasien.

Motto der Division bleibt ein Ausspruch des Barons de Khun: «Für die im Kampf im Gebirge ausgebildeten Truppen werden alle anderen Arten von Aufträ-



Schneeraupenfahrzeuge Hägglund in der 27. Gebirgsinfanteriedivision.

gen einfacher und weniger beschwerlich sein.»

Die heutige Gebirgsinfanteriedivision hat ihren Einsatzraum im Mutterland von den Südalpen-Garnisonsstandorten weg in Richtung Zentralmassiv und Jura verschoben. Sie gehört zum 3. Korps, nicht mehr zur «Force d'Action Rapide», wie es die letzten zehn Jahren der Fall war. Neu ist auch ihr ganzes mechanisiertes Element, das die Infanterie verstärkt. Bt

Italien

Analyse der libyschen Bedrohung

Nachfolgende Zusammenfassung basiert auf einem Bericht in der italienischen Militärzeitschrift «Difesa Oggi», Nr.193), der die aktuelle Bedrohungssituation im Mittelmeerraum aufzeigt.

Mehrere Mittelmeer-Anrainerstaaten und NATO-Nachbarn besitzen ballistische Lenkwaffen und Angriffsflugzeuge. In dieser Hinsicht machen vor allem Libyen, Syrien, Irak und Iran Sorgen. Diese Staaten sind nämlich in der Lage, Ziele in der NATO-Südflanke oder alliierte Verbände in benachbarten Räumen zu treffen.

Unter den Raketen mit über 500 km Reichweite ist es vor allem die SCUD-Familie, die in den sechziger Jahren in der ehemaligen Sowjetunion produziert und in verschiedene Länder exportiert und dort umgestaltet und verbessert wurde. Die Basisversion schaffte 300 km, die Version C schon 500 km und die nordkoreanische Version (No Dong) 1000 km Reichweite, wobei die Steuerung relativ unzuverlässig blieb.

Eine Analyse zeigt folgende Erkenntnisse:

– **Syrien** soll weder A- noch B-Waffen besitzen, hat aber C-Waffen produziert und verfügt über Lenkwaffen (SCUD-B und C, SS-21) sowie Flugzeuge (Su-24, MiG-23 und MiG-29). Ein Angriff gegen NATO-Einrichtungen ist wenig wahrscheinlich; diese Waffen waren ursprünglich primär für den Einsatz gegen Israel gedacht.

– Für den **Irak** gilt, was für Syrien gesagt wurde. An vorderster NATO-Position steht auch hier die Türkei, doch ist die Distanz zu den übrigen NATO-Partnern noch grösser. Lenkwaffen: SCUD-B, Al Husein (600 km, aus SCUD-C hervorgegangen), Al Abbas (800 km, aus SCUD-C hervorgegangen); Trägerflugzeuge: MiG-29, Su-25, Mirage F-1.

– Der **Iran** ist mit Syrien und Irak vergleichbar: hier sind vorhanden SCUD-B und C, Su-24 und Su-25, eventuell Tu-26, MiG-29.

Für Italien am bedrohlichsten sind folgende zwei Staaten:

– **Algerien,** dessen Nuklearprogramm allerdings zivilen Zwecken dient. Ausserdem besitzt dieses Land keine Marschflugkörper, noch B- und C-Waffen. Solange die gegenwärtigen politischen Verhältnisse andauern, stellt dieser Mittelmeeranrainer weder für Italien noch für die NATO eine militärische Bedrohung dar.

– **Libyens** Kapazitäten dürfen nicht überbewertet werden. Sein Raketenarsenal umfasst zurzeit ein paar hundert veraltete SCUD-B und zirka 100 Trägerflugzeuge, wobei Einsatzprofile wie diejenigen des Irak im Golfkrieg wahrscheinlich sind. Umbauten in Richtung Reichweitensteigerung über 300 km scheinen bei den Raketen nicht die erhofften Resultate gebracht zu haben. Deshalb gelangte man an China und Nordkorea, wo man sich für Raketen No Dong 1 (zirka 1000 km) und No Dong 2 interessiert.

Bei den Flugzeugen ist eine gewisse Kapazität vorhanden mit Reichweiten zwischen 400 und 2500 km. Allerdings ist die Einsatzbereitschaft durch den Ersatzteilmangel limitiert.

Die libysche Marine verfügt über Antischiffslenkwaffen, die theoretisch auch gegen Bodenziele wirken. Diese sind auf den beiden Fregatten der Koni-Klasse und den drei Korvetten der Nanutschka-Klasse sowjetischer Bauart stationiert (je zwei Zwillingsrampen Styx, 40 km) sowie auf den vier Korvetten der Assa-Klasse (vier Lenkwaffen Otomat italienischer Produktion).

Mehr zu denken als der Nuklearsektor (Einkaufsversuche) gibt derjenige der C-Waffen. Mit der Anlage in Rabta kann Libyen chemische Substanzen in grösseren Mengen herstellen. Allerdings ist deren Integration in Sprengköpfen und Bomben nicht so einfach. Die Beschaffung derartiger Waffen könnte auch regionalpolitischen Zielen dienen: Libyen möchte gegenüber Ägypten, Tunesien, Marokko, Tschad und Mauretanien, eventuell auch gegenüber Griechenland, der Türkei und Israel, abschreckend wirken.

Ziele der libyschen Bedrohung im Umkreis von 500 bis 1000 km umfassen, was Italien anbelangt, folgende Einrichtungen:

– NATO-Installationen in der Region Neapel (NATO-Hauptquartier Europa-Süd), den Schiessplatz Decimomannu auf Sardinien.

– Italienische Einrichtungen: die Marinestützpunkte Augusta und Tarent, Brindisi und Messina, die Militärflugplätze Trapani, Cagliari, Gioia del Colle, Grottaglie und Catania mit Flieger- und Heli-Staffeln der Luftwaffe und der Marine, Radio- und Radarstationen in Sizilien, Kalabrien, Kampanien und Apulien, das Kontrollzentrum Martinafranca (Tarent).

– Amerikanische Militäreinrichtungen wie der Flugplatz Sigonella (Sizilien), das Abhörzentrum S. Vito dei Normanni (Bari) und verschiedene logistische Infrastrukturen.

– Zivile Ziele von strategischer und industrieller Bedeutung wie zum Beispiel Raffinerien in Sizilien.

– Alle Häfen und Flugplätze, die für NATO-Operationen von Bedeutung sind.

Offen bleibt natürlich die Frage nach dem *politischen* Willen Libyens, eine derartige Aktion anzuzetteln.

Seit dem libyschen Beschuss der italienischen Insel Lampedusa vor zehn Jahren hat sich einiges geändert: Unter anderem wurde die Überwachung im Mittelmeerraum und an dessen Südufer verstärkt; unverändert blieb die Bedrohungslage und das Fehlen geeigneter Verteidigungsinstrumente auf Seite der europäischen Anrainer. Die NATO denkt an die Verlegung von Patriot-Batterien aus Zentraleuropa: Ob das zeitgerecht geschehen kann, sei dahingestellt.

Die beste Art, der Raketenbedrohung zu begegnen, wäre ein Präventivschlag gegen die Startrampen: Dies kommt aber in der jetzigen Lage nicht in Frage. Man muss sich deshalb mit aktiven und passiven Abwehrsystemen zufrieden geben, die in eine Globalarchitektur eingebettet sind (vorgeschobener Beobachtungsposten, Kommandokette, Kontroll- und Unterhaltssystem).

Da die einzelnen nationalen Kräfte – vor allem im südlichen Teil der Allianz – hiefür nicht ausreichen, hat die NATO die EAD (Extended Air Defence) geschaffen. Ihre drei Komponenten sind: Aufklärungs-, Lokalisierungs-, Identifizierungs- und Verfolgungssensoren (Satelliten, Radars zu Lande, auf Schiffen und in der Luft), ein Kommando- und Kontrollnetz (Übermittlungssysteme usw.) sowie die aktiven Verteidigungssysteme (Abfanglenkwaffen bodengestützt, zur See oder an Flugzeugen zur Abwehr in- und ausserhalb der Erdatmosphäre). Bt

Bosnien/OSZE

«Duro» für die OSZE in Sarajewo

Die Schweizer Beteiligung an internationalen friedenssichernden Massnahmen fordert nach Ansicht der Firma Bucher-Guyer auch die heimische Privatwirtschaft. In diesem Sinn hat das Niederweninger Traditionsunternehmen der OSZE-

Geländefahrzeug «Duro» in OSZE-Diensten.

Friedensmission in Bosnien für die Zeit der Schweizer OSZE-Präsidentschaft ein Geländefahrzeug vom Typ «Duro» kostenlos zur Verfügung gestellt.

Das Geländefahrzeug vom Typ Duro wird bald vielen Schweizern ein Begriff sein: Bucher-Guyer liefert bis 1999 insgesamt 2000 Exemplare dieses äusserst vielseitigen Fahrzeugs an die Schweizer Armee aus. Den «Duro» gibt es in den verschiedensten Versionen. Beim OSZE-Fahrzeug handelt es sich um einen Duro 6x6 mit einem Mannschaftsaufbau mit Längsbänken und einem festen Dach.

Auf den ersten Blick bietet der Duro für die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) ein ungewohntes Bild. Er ist nämlich nicht etwa feldgrau, wie man es von Fahrzeugen der Schweizer Armee kennt, sondern strahlend weiss. Bei einem Augenschein im Bucher-Guyer Werkareal wird aber klar, dass es sich beim Duro keineswegs um ein ausschliesslich militärisch nutzbares Fahrzeug handelt. Vielmehr sind dort auch Duro-Krankenwagen, Duro-Feuerwehrfahrzeuge oder zivile Versionen für den Einsatz auf der Strasse und in schwierigem Gelände zu sehen.

Der OSZE-Duro wird nach Auskunft des EMD in Sarajewo vor allem für den Transport von Personen zwischen dem Flughafen und dem OSZE-Hauptquartier zum Einsatz kommen. Zusätzlich ist es aber denkbar, dass er je nach Erfordernis auch im Bereich der Sanität sowie des Kurier- oder Evakuationsdienstes eingesetzt wird. hg

Russland

Neue Ausrichtung der Sicherheitspolitik

Kurz nach der Ernennung von Alexander Lebed zum Sekretär des Sicherheitsrates und zum Gehilfen des Präsidenten für nationale Sicherheit fand am 18. Juni seine erste Pressekonferenz für russische und ausländische Medien statt.

Zur politischen Lage in Russland sagte Lebed: «Im Land besteht eine reale Gefahr der sozialen und politischen Konfrontation, die in einen militärischen Konflikt umschlagen könnte.» Deshalb betrachte er als seine Hauptaufgabe auf dem neuen Posten: «Alle Seiten von der Gewaltanwendung zurückzuhalten und reale Mechanismen für die Kontrolle der militärischen Macht zu schaffen.»

Der Exgeneral überraschte die Anwesenden mit der Erklärung: «Ich bin Soldat. Ich habe genug vom Krieg. Beruflich hasse ich den Krieg und werde alles tun, damit es in Russland keinen Krieg gibt.»

Auf der Prioritätenliste steht für Lebed zuoberst die Reorganisation des Sicherheitsrates in personeller und konzeptioneller Hinsicht. Die Notwendigkeit der Reorganisation und der Neuausrichtung ergibt sich aus der Erweiterung seiner Vollmachten und Funktionen. Dazu sagte A. Lebed: «Die grössere Gefahr sind heute für das Land nicht die äusseren Faktoren, sondern die komplizierten wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme. Zudem haben sich in der letzten Zeit die Fragen der Regionalpolitik verschärft. Der Sicherheitsrat muss sich nicht nur mit globalen Problemen der nationalen Sicherheit, sondern auch mit konkreten ‹Hausaufgaben› befassen. Dazu gehören: Permanente und objektive Lagebeurteilung im Land, gründliche Analyse der Prozesse, die die Lage destabilisieren können, und Erarbeitung konkreter Massnahmen zur Neutralisierung dieser Prozesse.»

Die konzeptionelle Neuausrichtung des Sicherheitsrates bedingt auch seine strukturelle Reorganisation. Diese wird gemäss A. Lebed in zwei Richtungen verlaufen: Durch die Bildung eines einheitlichen informations-analytischen Zentrums und durch «personelle Schocktherapie, indem die Planstellen der Ratsmitglieder aufgehoben werden».

Über die Armeereform sagte A. Lebed nur soviel, dass er konkrete Pläne dafür hat, die aber vom Präsidenten noch bestätigt werden müssen. Die Bekämpfung der Kriminalität will Lebed aus der politischen in die Rechtsebene verlegen: «Für die erfolgreiche Bekämpfung der Kriminalität, die in Russland praktisch alle Bereiche des öffentlichen Lebens erfasst hat, sind die heutigen Rechtsgrundlagen unvollkommen und müssen durch Präsidentenwillen verändert werden. Wir werden die Kriminalität zivilisiert bekämpfen.»

Auf die Fragen der Journalisten betreffend die Osterweiterung der NATO sagte A. Lebed: «Wir wollen mit niemandem kämpfen, wir werden aber die westlichen Steuerzahler darauf aufmerksam machen, dass die Bildung der militärischen Infrastruktur in den Baltischen Staaten ihnen etwa 100 Mia. US $ und die Modifikation der Bewaffnung weitere 150 Mia. kosten wird. Wenn sie soviel Geld haben, sollen sie sich erweitern.» GB

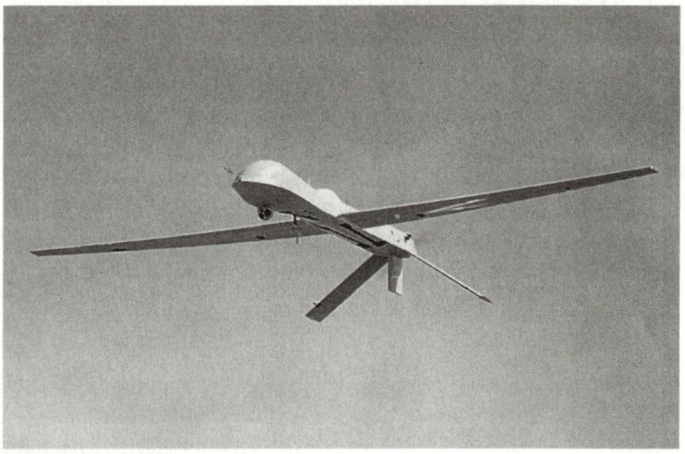
USA

Erfahrungen mit dem Drohnensystem Predator

Die Bedeutung von UAV's (Unmanned Aerial Vehicles), die primär für Aufklärungs- und Überwachungsaufgaben vorgesehen sind, hat in den letzten Jahren weltweit stark zugenommen. Dies betrifft auch die USA, wo in diesem Bereich seit 1992 verstärkte Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten festzustellen sind. Zusätzlich zu den laufenden Drohnenprojekten für die taktische Ebene (Pioneer, Outrider usw.) sind die folgenden strategischen UAV-Programme im Gange:

- Predator (steht bereits im Einsatz),
- Global Hawk (Tier 2 plus),
- Dark Star (Tier 3 minus).

Bei den seit Juli 1995 über Ex-Jugoslawien eingesetzten Aufklärungsflugkörpern Predator handelt es sich um eine


Aufklärungsdrohne Predator.

Weiterentwicklung der Drohnen Gnat-750, die übrigens in der Zwischenzeit auch in anderen Ländern (beispielsweise auch in der Türkei) zum Einsatz gelangt. Bis Ende Oktober des letzten Jahres hatte die USA ein Drohnenbataillon (Kontrollstation mit 3 Flugkörpern) in Gjader Albanien stationiert. Von dort aus erfolgten primär Missionen (Einsatzdauer ca. 80 Stunden) zur Unterstützung der Luftoperationen «Deny Flight» und «Deliberate Force». Aus diversen Gründen wurden in der Folge diese Mittel nach Südungarn (Raum Tazar) verlegt. Seit März 1996 sind bis heute aus diesem Raum mit dem Drohnensystem Predator wiederum weit über 100 Missionen (über 500 Einsatzstunden) erfolgt. Diese Missionen erfolgen zugunsten der IFOR und beinhalten meist Routine-Überwachungsflüge. Diese Aufklärung, verbunden mit Echtzeitübertragung an diverse Kommandostellen direkt im Einsatzgebiet sowie via Satellit auch an die Nachrichtendienste in den USA, erfolgt einerseits mit TV-Kameras sowie mittels FLIR.

Von amerikanischer Seite sind bezüglich diesem Drohneneinsatz über Bosnien die folgenden Erkenntnisse vorhanden:

– Die bemannten Aufklärungsflüge konnten deutlich reduziert werden, was zu einer wesentlichen Kosteneinsparung und auch Risikoverminderung führte. Schwierige und gefährliche Aufklärungsmissionen sollen wenn immer möglich mit Drohnen durchgeführt werden.

– Das Übertragungskonzept für die Echtzeitdatenübermittlung musste in verschiedenen Schritten den spezifischen IFOR-Verhältnissen angepasst werden. Allerdings ist bei einem multinationalen Einsatz die direkte Belieferung der taktischen Kommandostellen mit Echtzeitaufzeichnungen mit etwelchen Schwierigkeiten verbunden.

– Besonders erfolgreich waren die im letzten Herbst erfolgten Überwachungsmissionen zur Führung und Überwachung der damaligen Luftwaffeneinsätze gegen serbische Munitionslager (damage assessement). Andererseits waren die Aufklärungsresultate bei Schlechtwetter (z.B. im Frühjahr 1996) noch nicht befriedigend.

Wie die laufenden Entwicklungen zeigen, sind die USA bestrebt, vermehrt Mittel und neue Technologien in UAV's und vor allem auch in die Informationsverarbeitung zu investieren. Mit leistungsfähigen unbemannten Aufklärungssystemen sollen vermehrt die aufkommenden militärischen und auch zivilen Aufklärungs- und Überwachungsbedürfnisse sowohl im taktischen wie vermehrt auch im strategischen Bereich erfüllt werden können. Damit verbunden ist auch eine rasante Entwicklung im Sektor Informationstechnologien. hg

Zur Bedeutung des «Information War» (IW)

Die zunehmende Bedeutung des sogenannten «Information War» ist im wesentlichen auf die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Informationstechnologien zurückzuführen. Die in letzter Zeit vor allem in den USA feststellbare explosionsartige Steigerung der Kommunikationsmittel und -möglichkeiten begründen den neuen Begriff «Information Warfare» (Informationskrieg). Bisher sind allerdings zu diesem Begriff keine allgemein verständlichen Definitionen bekannt geworden. Ausgehend von der Zielsetzung von «Information Warfare» kann eine unmittelbare zivile aber auch militärische Bedeutung dieses Themas abgeleitet werden. Es zeichnet sich demnach ab, dass für einen Erfolg bei der künftigen «High-Tech-Kriegführung» nicht mehr primär Truppen und Bewaffnung ausschlaggebend sind, sondern vermutlich vielmehr die besseren Informationssysteme resp. die optimalen Massnahmen und Mittel zum Schutz der eigenen Datenbestände und Informationsstrukturen.

Durch die zunehmende internationale Vernetzung von zivilen aber auch immer mehr militärischen Computersystemen sowie dem vermehrten Datentransfer und -austauch sind günstige Voraussetzungen für gezielte Zugriffs- und Manipulationsmöglichkeiten geschaffen worden. Als mögliche Waffen stehen heute beim IW im Vordergrund:

– Computerviren;

– Computer-Würmer, dabei handelt es sich um eingepflanzte falsche Befehlsfolgen;

– Trojanische Pferde, eingepflanzte Computerprogramme, die bei Bedarf durch Fremde aktiviert werden können usw.

Daneben gibt es selbstverständlich weitere Möglichkeiten für direkte offensive Aktionen, wie beispielsweise auch die direkte physische Störung oder Zerstörung von Hardware- oder Infrastruktureinrichtungen der Führung. Mit zu berücksichtigen sind auch die direkten Möglichkeiten der Informationsbeschaffung. Diese reichen über die elektronische Aufklärung von der taktischen bis zur strategischen Ebene bis zur offenen Aufklärung und Nachrichtenbeschaffung aus Netzwerken, Datenbanken usw.

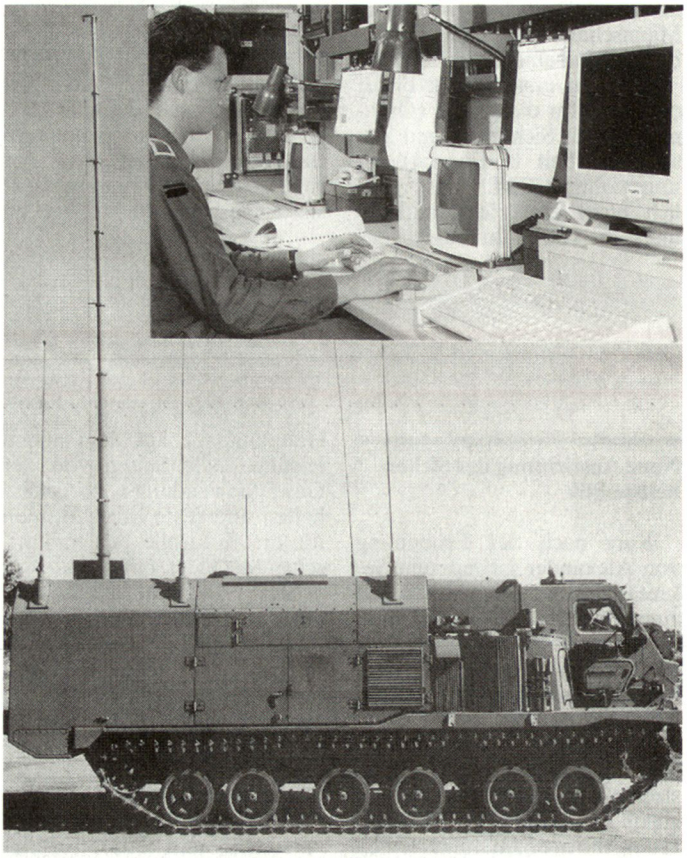
Gegenüber den bisher mit Waffen geführten militärischen Auseinandersetzungen bietet der Einsatz von Mitteln des IW gewisse Vorteile:

– Der Einsatz solcher Mittel erfolgt gezielt und praktisch ohne menschliche Verluste.

– Solche Angriffe können meist erst erkannt werden, wenn es für die Auslösung von Gegenmassnahmen zu spät ist.

– Die Wirksamkeit des IW ist weder von der Grösse der Armee noch von der Anzahl Waffen abhängig, sondern allein von der Intelligenz der eingesetzten Mittel und Verfahren.

Für die meisten Länder dürften heute die passiven Massnahmen (Sicherung der Informationssysteme, Schutz der Führungseinrichtungen usw.) im Vordergrund stehen. Um die diesbezüglichen Massnahmen planen zu können, ist aber eine laufende Verfolgung der offensiven Informationskriegführung unerlässlich. Schliesslich bleibt die grundsätzliche Frage: Welche Auswirkungen sind auf die Streitkräfte sowie vor allem auch auf die zivilen Führungsorgane zu erwarten? Informationskriegführung erfordert vor allem auch ein Umdenken, d.h. es ist eine neue Art von Kriegführung, bei der einerseits Informationen als Mittel und Waffen dienen, andererseits die eigenen Informations- und Entscheidungsorgane sowie die diesbezüglichen automatisierten Strukturen speziell gefährdet sind. hg ■



Moderne Mittel für Führung und Übermittlung sind primäre Ziele auf dem künftigen Gefechtsfeld.